

## **ORH-Bericht 2010 TNr. 15**

### **Verwaltungsreform in der Bauverwaltung**

#### **Jahresbericht des ORH**

Durch die Reform der Bauverwaltung sind einzelne Ämter mit ungünstigen Strukturen entstanden. Dies ist vor allem bei den Ämtern in Aschaffenburg und Krumbach der Fall. Der ORH regt an, im Hochbaubereich alle Möglichkeiten einer Konzentration der Standorte nochmals zu überdenken.

Der „Stellenabbau durch Aufgabenabbau“ muss in allen Reformbereichen mit Nachdruck verfolgt werden. Spätestens 2012 sollte eine „Halbzeitbilanz“ gezogen werden, um festzustellen, wie sich die Verwaltungsreform ausgewirkt hat.

#### **Beschluss des Landtags**

vom 9. Juni 2011  
(Drs. 16/8905 Nr. 2 d)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht, die Möglichkeiten einer Optimierung der Standorte im Hochbau zu prüfen und den Aufgabenabbau in allen Reformbereichen mit Nachdruck weiter zu verfolgen. 2012 ist eine "Halbzeitbilanz" der Reform zu ziehen, in der neben dem Personal- und Stellenabbau auch die Auswirkungen auf die Personal- und Sachausgaben dargestellt sowie der Aufgabenabbau analysiert werden. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2012 zu berichten.

#### **Stellungnahme der Obersten Baubehörde im Staats- ministerium des Innern**

vom 9. November 2012  
(II Z1-0004-1-27)

#### Stellenabbau

In ihrer „Halbzeitbilanz“ stellt die OBB dar, dass bis Ende 2012 rd. 40 % (404,5) der einzusparenden 995 Stellen erbracht sein werden. Der in der Reform „Verwaltung 21“ festgelegte Aufgabenabbau habe bislang nur teilweise umgesetzt werden können. Im Zuge dieser Reform soll der Vergabeanteil von Planungsleistungen im Hochbau auf 80 % und im Straßenbau auf 70 % angehoben werden, während im Hochbau derzeit der Vergabeanteil infolge von Konjunkturprogrammen über 90 % betrage, im Straßenbau 40 %. Die Bauverwaltung sei bestrebt, alle Reformziele zu erreichen und die verbleibenden Einsparungen bis 2019 zu realisieren.

#### Standorte Krumbach und Aschaffenburg

Die OBB führt aus, dass an beiden Standorten die Planungs- und Ausgabevolumina pro Mitarbeiterkapazität in den Jahren 2011 und 2012 durch neue Aufgaben und durch Aufgabenübertragung aus anderen Bauämtern signifikant erhöht worden seien. Im Ergebnis sei bereits jetzt eine Angleichung zu den Bearbeitungsvolumina der anderen Bauämter zu verzeichnen.

#### **Anmerkung des ORH**

#### Stellenabbau

Der vorgelegte Stellenabbauplan der OBB für die Jahre 2013 bis 2019 erscheint schlüssig (jährlich durchschnittlich 85 Stellen). Soweit allerdings der Stellenabbau durch Steigerung des Vergabeanteils realisiert wird, gibt der ORH zu bedenken, dass bei einem derart hohen Vergabeanteil im Hochbau die notwendige fachliche Kompetenz in der Staatsbauverwaltung nicht mehr gewährleistet ist. Eine Erhöhung des Vergabeanteils im Straßenbau führt lediglich zu einer Verlagerung von den Personal- zu den Sachkosten. Dies hat eine Minderung der Haushaltsmittel für Neu-, Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung von Staatsstraßen zur Folge. Vergleichbare Kostenverlagerungen bestehen auch im Hochbau.

#### Standorte Krumbach und Aschaffenburg

Die Übernahme von Aufgaben anderer Ämter sowie die Ausgabensteigerung durch Sonderprogramme ändert nichts an den grundlegenden strukturellen Problemen. Die Angleichung zu den Bearbeitungsvolumina der anderen Bauämter wäre ggf. erneut zu prüfen.

Bei Betrachtung des Bauvolumens anhand der Bauausgaben sollte die Entwicklung des Baupreisindex berücksichtigt werden (Preissteigerung im Berichtszeitraum beim Hochbau um 18 %, beim Straßenbau um 20 %).

#### **Beschluss des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanz- fragen**

vom 20. Februar 2013

Kenntnisnahme.